

Substanzielles Protokoll 86. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 2. November 2011, 17.00 Uhr bis 19.01 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Joe A. Manser (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Christian Aeschbach (FDP)

Substanzielles Protokoll: Janine Rutz

Anwesend: 119 Mitglieder

Abwesend: Marc Bourgeois (FDP), Dr. Ueli Nagel (Grüne), Bruno Sidler (SVP), Ruggero Tommezzoli (SVP), Fabienne Nicole Vocat (Grüne), Dr. Richard Wolff (AL)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2011/377](#) * E Postulat von Linda Bär (SP) und Jacqueline Badran (SP) vom 05.10.2011: Versand des Dankesbriefs für die Steuerleistung nach dem Zufallsprinzip oder Verzicht FV
3. [2011/378](#) * E Postulat der SP-Fraktion vom 05.10.2011: Rechnungen für Dienstleistungen Dritter, Einhaltung einer Zahlungsfrist von 30 Tagen FV
4. [2011/379](#) * E Postulat der SP-Fraktion vom 05.10.2011: Ausbau der elektronischen Dienstleistungen im Verkehr mit der Bevölkerung und dem Gewerbe FV
5. [2011/375](#) * E Postulat von Markus Hungerbühler (CVP) und Daniel Meier (CVP) vom 05.10.2011: Wiedereinführung der polizeilichen Datenbank GAMMA PV
6. [2011/380](#) * E Postulat der CVP-Fraktion vom 05.10.2011: Stadion Letzigrund, Umgestaltung des Aussenzauns zur Verbesserung der Sicherheit VSS
7. [2011/381](#) * E Postulat der CVP-Fraktion vom 05.10.2011: Verstärkte Personenkontrolle beim Einlass zu den Heimspielen des FCZ und GCZ VSS
8. [2011/382](#) * E Postulat der CVP-Fraktion vom 05.10.2011: Ausarbeitung eines Sicherheitskonzepts für sämtliche Nutzerbedürfnisse in und um das Stadion Letzigrund VSS

- | | | | | |
|-----|--------------------------|----------------|---|-----|
| 9. | 2011/374 | *
A/P
** | Motion der CVP-Fraktion vom 05.10.2011:
Stadtpolizei Zürich, Aufstockung des aktiven Sollbestands um
60 Personen | PV |
| 10. | 2011/305 | | Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR), Teilrevision | - |
| 11. | 2011/306 | | Entschädigungsverordnung des Gemeinderats (EntschVO GR),
Teilrevision | - |
| 12. | 2011/252 | | Weisung vom 06.07.2011:
Verein Offene Jugendarbeit Zürich (OJA), Beiträge 2012 bis
2015 für das Angebot «Job Shop/Info Shop» | VS |
| 13. | 2011/288 | | Weisung vom 13.07.2011:
Stiftung «Pro Offene Türen der Schweiz», Beiträge 2012 bis
2015 für das Selbsthilfezentrum Zürich | VS |
| 14. | 2011/309 | | Weisung vom 24.08.2011:
Grün Stadt Zürich, Kauf des ETH-Lehrwaldes, Tausch von
Waldparzellen zwischen Stadt und Kanton Zürich, Objektkredit | VTE |
| 15. | 2011/222 | A/P | Dringliche Motion der Fraktionen SP, Grüne und GLP vom
22.06.2011:
Schaffung von zusätzlichem Platz für Fussgängerinnen und
Fussgänger, Velofahrende und für Begegnungszonen rund um
die städtischen Bahnhöfe auf die Eröffnung der Durchmesser-
linie | VTE |
| 16. | 2011/125 | A | Dringliches Postulat von Samuel Dubno (GLP) und Martin Luch-
singer (GLP) vom 13.04.2011:
Aufhebung der Verlängerung des Zeltwegs und Aufwertung des
Heimplatzes im Rahmen des Kunsthaus-Neubaus | VTE |
| 17. | 2011/205 | E
A/P | Dringliche Motion von Dr. Urs Egger (FDP) und 16 Mitunter-
zeichnenden vom 08.06.2011:
Verordnung über die Volksschule, Schaffung einer zentralen
Stelle zur Koordination der Nutzung der Turnhallen und schuli-
schen Sportanlagen | VSS |
| 18. | 2011/317 | A | Dringliches Postulat von Monika Erfigen (SVP) und Marianne
Aubert (SP) vom 31.08.2011:
Umbau Badi Oberer Letten, Verzicht auf das Einrichten von ge-
mischten Garderoben | VSS |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

1893. 2011/399
Ratsmitglied Dr. Zora Ledergerber (GLP); Rücktritt

Der Ratspräsident gibt den Rücktritt von Dr. Zora Ledergerber (GLP 3) auf den 2. November 2011 bekannt und würdigt ihre Amtstätigkeit.

1894. 2011/392
Interpellation von Michèle Halser-Furrer (EVP) und 12 Mitunterzeichnenden vom 26.10.2011:
Gas- und Fernwärmeversorgung in Zürich-Nord, Versorgungsnetz und Tarifpolitik

Michèle Halser-Furrer (EVP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Michèle Hasler-Furrer (EVP): Die ersten Kappungen von Gasleitungen finden bereits im Jahr 2015 statt. Viele Leute verfügen noch über alte Heizungen, die sie ersetzen müssen. Dies braucht aber eine gewisse Zeit.

Der Rat wird über den Antrag am 9. November 2011 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1895. 2011/403
Erklärung der Grüne-Fraktion vom 02.11.2011:
Die Hardbrücke ist saniert

Namens der Grüne-Fraktion verliest Markus Knauss (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Die Hardbrücke ist saniert – und jetzt?

Die Freunde ungebremster Automobilität dürfen jublieren – die Hardbrücke ist saniert. 100 Millionen Franken ausgegeben, um eine vierzigjährige Fehlplanung für die nächsten vierzig Jahre fit zu trimmen.

Nur: in der Zwischenzeit hat sich herausgestellt, dass statt neu vier Spuren für Autos, zwei Spuren eigentlich gereicht hätten. Noch nie war in den letzten 10 Jahren so wenig Stau rund um die Hardbrücke, wie während den letzten drei Jahren Bauzeit. Und die Stadt Zürich hat deshalb beschlossen, den Zustand an der Hardbrücke mit reduziertem Verkehr und mit dem Segen des Kantons Zürich aufrecht zu erhalten. Denn die ganzen Strassenkapazitäten entlang der Westtangente sind reduziert worden oder werden noch reduziert. Im Süden wegen der flankierenden Massnahmen, die gegen den Kanton Zürich erstritten worden sind. Im Norden wird die Einhausung Schwamendingen, mit dem Segen übrigens der kantonalen SVP, während Jahren zu einer deutlichen Verkehrsreduktion führen. Aber auch dort wird der Fehler wiederholt. Was während Jahren mit deutlich weniger Verkehr bestens funktioniert, könnte doch auch für länger funktionieren. Die Hardbrücke macht es vor.

Immerhin: der Fuss- und Veloweg bis zum Bahnhof Hardbrücke wurde deutlich verbreitert. Und weise war auch der Entscheid des Gemeinderates, mehr Veloabstellplätze am Bahnhof bauen zu lassen, als das TED unter Martin Waser seinerzeit vorgesehen hatte. Und immerhin wurden schon Vorinvestitionen für den Bau des Trams über die Hardbrücke vorgenommen. Dass der Bau dieser Tramlinie erst nach der vorliegenden Sanierung kommt, ist ärgerlich. Ebenso ärgerlich, wie die Tatsache, dass der Kanton Zürich und die SBB, trotz der seit Jahren stark steigenden Passagierzahlen, bis heute noch nicht einmal in der Lage sind, ein

Konzept für einen Ausbau des Bahnhofs Hardbrücke vorzulegen. Immerhin sind nun im Agglomerationsprogramm 150 Millionen vorgeschlagen.

Nun denn: eine Brücke ist eine Brücke. Welcher Verkehr dann dereinst darauf fährt, ist offen. Mit der Planung des Trams Hardbrücke ist ein erster Schritt gemacht. Weitere müssen folgen. So halten wir nach wie vor am Rosengarten tram fest. Und auch einen Veloweg über die Hardbrücke, statt der überdimensionierten Autospuren, werden wir mit Freuden weiter verfolgen.

1896. 2011/404

**Erklärung der AL-Fraktion vom 02.11.2011:
Wohnpolitik in Zürich**

Namens der AL-Fraktion verliest Niklaus Scherr (AL) folgende Fraktionserklärung:

Wohnpolitischer Wahnsinn aus der HEV-Küche

„Wohnpolitischer Wahnsinn“ titelt der Hauseigentümerverband seine halbamtliche Schleichwerbung im Tagblatt von heute. Schon hofft man, auch in diesen Kreisen sei die späte Erkenntnis gereift, dass der Stadtzürcher Wohnungsmarkt völlig aus den Fugen geraten ist und es so nicht weitergehen kann. Leider weit gefehlt! Was den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern da aufgetischt wird, ist zwar purer Wahnsinn, aber es hat Methode. In der Märlistunde unseres 1. Vizepräsidenten und verehrten Kollegen Leiser werden echte Schreckmümpfeli verteilt, um den wohnpolitischen Grundsatzartikel abzuschliessen, den wir mit breitem Mehr in diesem Rat verabschiedet haben.

Schreckmümpfeli Nr. 1: Um das anvisierte Ziel – ein Drittel der Mietwohnungen in gemeinnütziger Hand – zu erreichen, müsse die Stadt sagenhafte 15.6 Milliarden Franken in die Hand nehmen und „massive Steuererhöhungen“ schultern. Das einzig Richtige an dieser Zahl ist, dass damit der Bau von 24'000 Wohnungen finanziert werden kann. Dass aber die Stadt in den nächsten Jahrzehnten selber so viele Wohnungen bauen und finanzieren soll, ist völlig aus der Luft gegriffen. Gemeinnützige Wohnungen werden wie schon bisher weitgehend von den privaten Baugenossenschaften erstellt werden – ohne Beanspruchung der Steuerzahlenden. Und soweit sie von der Stadt erstellt werden, kosten sie den Steuerzahler ebenfalls nichts, weil Kapital- und Betriebskosten voll durch die kostendeckenden Mieterträge gedeckt sind. Den Unterschied zwischen einer Ausgabe und einer ertragsabwerfenden Investition sollte unser Vizepräsident nach zwölf Jahren Ratszugehörigkeit doch immerhin kennen.

Schreckmümpfeli Nr. 2: Auch die Befürworter gehen davon aus, dass zur Erreichung des wohnpolitischen Ziels vermehrte Liegenschaftenkäufe durch die Stadt wünschbar und nötig sind. Dass diese aber Liegenschaftenspreise und Mieten massiv nach oben treiben würden, ist eine weitere Hauseigentümer-Legende. Tatsache ist: in Zürich wechseln pro Jahr rund 1'000 Liegenschaften die Hand. Die städtische Stiftung PWG hat in den letzten zehn Jahren im Schnitt 10 Liegenschaften – mit jeweils 50 Wohnungen - pro Jahr gekauft: das ist gerade mal 1 von 100. Wenn die PWG künftig doppelt oder dreimal so viel kauft, würde ihr Kaufanteil von 1% auf 3% steigen. Dass damit der städtische Wohnungsmarkt aus den Fugen gerät, ist eine mehr als kühne Behauptung.

Hausbesitzer und grosse Verwaltungen schiessen aus allen Rohren gegen unseren wohnpolitischen Grundsatzartikel. Ich frage sie darum zurück:

- Was haben sie denn unternommen, um dem alltäglichen Spekulations-Wahnsinn auf dem Zürcher Wohnungsmarkt etwas entgegenzusetzen?
- Was haben sie an Lösungen zu bieten, ausser laut mehr Markt, mehr Markt, mehr Markt zu rufen?

Und was sind eigentlich die Motive unserer Gegner, so unbedarft zum Zweihänder zu greifen? In seiner Publireportage lässt Albert Leiser zum Schluss die Katze aus dem Sack, wenn er schreibt: „Im Durchschnitt bezahlen Mieter in gemeinnützigen Wohnungen 30% weniger als in normalen Wohnungen.“ So einfach ist das: Vermieter, die nicht den Maximalprofit aus ihren Liegenschaften pressen, sondern bloss ihre vollen Kosten decken und damit weitaus preisgünstiger vermieten können, sind den Statthaltern des Grundeigentums ein Dorn im Auge. Dass ihnen FDP und SVP dabei kritiklos folgen, sollten den über 90% Mieterinnen und Mieter in unserer Stadt zu denken geben.

Persönliche Erklärung:

Jacqueline Badran (SP) hält eine persönliche Erklärung zum Thema Wohnpolitik in Zürich

G e s c h ä f t e

1897. 2011/377

**Postulat von Linda Bär (SP) und Jacqueline Badran (SP) vom 05.10.2011:
Versand des Dankesbriefs für die Steuerleistung nach dem Zufallsprinzip oder
Verzicht**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der FDP-Fraktion stellt Severin Pflüger (FDP) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1898. 2011/378

**Postulat der SP-Fraktion vom 05.10.2011:
Rechnungen für Dienstleistungen Dritter, Einhaltung einer Zahlungsfrist von 30
Tagen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der SVP-Fraktion stellt Bruno Amacker (SVP) einen Textänderungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1899. 2011/379

**Postulat der SP-Fraktion vom 05.10.2011:
Ausbau der elektronischen Dienstleistungen im Verkehr mit der Bevölkerung und
dem Gewerbe**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der SVP-Fraktion stellt Bruno Amacker (SVP) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1900. 2011/375

**Postulat von Markus Hungerbühler (CVP) und Daniel Meier (CVP) vom 05.10.2011:
Wiedereinführung der polizeilichen Datenbank GAMMA**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrates bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der AL-Fraktion stellt Alecs Recher (AL) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Markus Hungerbühler (CVP) vom 26. Oktober 2011 (vergleiche Protokoll-Nr. 1843/2011).

Die Dringlicherklärung wird von 48 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum (63 Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR) nicht erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

1901. 2011/380

Postulat der CVP-Fraktion vom 05.10.2011:

Stadion Letzigrund, Umgestaltung des Aussenzauns zur Verbesserung der Sicherheit

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrates bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der AL-Fraktion stellt Alecs Recher (AL) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Markus Hungerbühler (CVP) vom 26. Oktober 2011 (vergleiche Protokoll-Nr. 1844/2011).

Die Dringlicherklärung wird von 61 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum (63 Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR) nicht erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

1902. 2011/381

Postulat der CVP-Fraktion vom 05.10.2011:

Verstärkte Personenkontrolle beim Einlass zu den Heimspielen des FCZ und GCZ

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrates bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der AL-Fraktion stellt Alecs Recher (AL) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Markus Hungerbühler (CVP) vom 26. Oktober 2011 (vergleiche Protokoll-Nr. 1845/2011).

Die Dringlicherklärung wird von 84 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum (63 Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR) erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

1903. 2011/382

**Postulat der CVP-Fraktion vom 05.10.2011:
Ausarbeitung eines Sicherheitskonzepts für sämtliche Nutzerbedürfnisse in und um das Stadion Letzigrund**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrates bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der AL-Fraktion stellt Alecs Recher (AL) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Markus Hungerbühler (CVP) vom 26. Oktober 2011 (vergleiche Protokoll-Nr. 1846/2011).

Die Dringlicherklärung wird von 10 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum (63 Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR) nicht erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

1904. 2011/374

**Motion der CVP-Fraktion vom 05.10.2011:
Stadtpolizei Zürich, Aufstockung des aktiven Sollbestands um 60 Personen**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Markus Hungerbühler (CVP) vom 26. Oktober 2011 (vergleiche Protokoll-Nr. 1842/2011)

Die Dringlicherklärung wird von 45 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum (63 Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR) nicht erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

1905. 2011/305

Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR), Teilrevision

Ausstand: Marina Garzotto (SVP)

Redaktionslesung

Die Redaktionskommission beantragt einstimmig Zustimmung zur redaktionellen Bereinigung des Gemeinderatsbeschluss Nr. 1702 vom 14. September 2011:

Zustimmung: Präsident Mark Richli (SP), Referent; Ruth Anhorn (SVP), Irene Bernhard (GLP),
Christina Hug (Grüne), Mario Mariani (CVP)
Abwesend: Min Li Marti (SP), Dr. Ueli Nagel (Grüne)

Der Präsident der Redaktionskommission begründet die Anträge der Redaktionskommission.

Mark Richli (SP) weist auf Zeile 14 der Vorlage hin. Um die Redezeit bei der gemeinsamen Behandlung von Vorstössen habe es eine hitzige Debatte gegeben. Es sei klar,

dass die Redezeit immer ad personam gemeint sei. Trotzdem habe sich die Redaktionskommission entschieden, dies explizit zur Klärung in die Geschäftsordnung aufzunehmen. Die Redaktionskommission beantragt dem Gemeinderat Zustimmung.

Es werden keine weiteren Anträge aus dem Rat gestellt.

Der Rat stimmt dem Antrag der Redaktionskommission stillschweigend zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit des Büros beantragt die Änderung von Art. 14, Abs. 3 (neu); Art. 25, Abs. 1 und 4 (neu) sowie von Art. 56, Abs. 6:

Die Minderheit des Büros beantragt Ablehnung des Änderungsantrags:

Mehrheit:	Mark Richli (SP), Referent; Präsidentin Marina Garzotto (SVP); 1. Vizepräsident Joe A. Manser (SP), 2. Vizepräsident Albert Leiser (FDP), Martin Abele (Grüne), Min Li Marti (SP), Alecs Recher (AL), Urs Rechsteiner (CVP), Gian von Planta (GLP)
Minderheit:	Mauro Tuena (SVP), Referent
Ohne Stimmrecht:	Christian Aeschbach (FDP), Dr. Arthur Bernet (SVP), Verena Röllin (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 29 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Die Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR) wird wie folgt geändert:

Der Gemeinderat erlässt, gestützt auf Art. 26, Abs. 1 der Gemeindeordnung, folgende Änderungen zur Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR):

[Art. 14 Erstellen der Tagliste]

¹[...]

²[...]

³Die Pause zwischen einer ordentlichen und einer gemäss Abs. 2 einberufenen Sitzung beträgt 30 Minuten.

⁴[...]

⁵[...]

[Art. 25 Redezeit]

¹Die Redezeit für die Berichterstattung über Weisungen, für die Begründungen der Mehrheits-, Minderheits- und Rückweisungsanträge sowie zur Begründung übriger Geschäfte beträgt zehn Minuten. In der Diskussion ist sie auf fünf Minuten beschränkt.

²[...]

³[...]

⁴Bei gemeinsamer Behandlung von Vorstössen können die Redezeiten der gleichen Person nicht kumuliert werden.

[Art. 56 Spezialkommissionen]

⁶Die Planung der Kommissionsarbeit erfolgt einvernehmlich zwischen den Präsidien der Spezialkommissionen und den zuständigen Departementsvorstehenden. Das Büro wird

über die Planung informiert. Es entscheidet über die Traktandierung im Rat.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 9. November 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 8. Dezember 2011)

**1906. 2011/306
Entschädigungsverordnung des Gemeinderats (EntschVO GR), Teilrevision**

Ausstand: Marina Garzotto (SVP)

Redaktionslesung

Die Redaktionskommission beantragt einstimmig Zustimmung zur redaktionellen Bereinigung des Gemeinderatsbeschluss Nr. 1703 vom 14. September 2011:

Zustimmung: Präsident Mark Richli (SP), Referent; Ruth Anhorn (SVP), Irene Bernhard (GLP),
Christina Hug (Grüne), Mario Mariani (CVP)
Abwesend: Min Li Marti (SP), Dr. Ueli Nagel (Grüne)

Der Präsident der Redaktionskommission begründet die Anträge der Redaktionskommission.

***Mark Richli (SP)** bittet namens der Redaktionskommission um Zustimmung zu den Änderungen. Die Unklarheit bezüglich des ZVV-Jahresabonnement für das Präsidium habe man behoben.*

Es werden keine weiteren Anträge aus dem Rat gestellt.

Der Rat stimmt dem Antrag der Redaktionskommission stillschweigend zu.

Schlussabstimmung

Das Büro des Gemeinderats beantragt die Änderung von Art. 6, Abs. 3:

Zustimmung: Alecs Recher (AL), Referent; 1. Vizepräsident Joe A. Manser (SP), Martin Abele
(Grüne), Min Li Marti (SP), Urs Rechsteiner (CVP), Mark Richli (SP)
Enthaltung: Präsidentin Marina Garzotto (SVP), 2. Vizepräsident Albert Leiser (FDP), Mauro Tuen
na (SVP), Gian von Planta (GLP)
Ohne Stimmrecht: Christian Aeschbach (FDP), Dr. Arthur Bernet (SVP), Verena Röllin (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag des Büros mit 85 gegen 27 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Die Entschädigungsverordnung des Gemeinderats (EntschVO GR) wird wie folgt geändert:

Der Gemeinderat erlässt, gestützt auf Art. 34 der Gemeindeordnung, folgende Änderungen zur Entschädigungsverordnung des Gemeinderats (EntschVO GR):

[Art. 6 Repräsentationszulagen für das Ratspräsidium und für die Mitglieder des Büros]

¹[...]

²[...]

³Für Repräsentationsaufgaben stehen dem Präsidium die im Voranschlag bewilligten Beträge für die Pressefahrt, Einladungen von Gästen, Präsente bei besonderen Ereignissen, Verabschiedungen und dergleichen zur Verfügung. Die Präsidentin oder der Präsident erhält während jener Kalenderjahre, in die ihre oder seine Amtsdauer fällt, entweder ein unpersönliches Jahresabonnement des Zürcher Verkehrsverbunds (ZVV) für die Zone 10 oder ein Dienstvelo der Stadt.

⁴[...]

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 9. November 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 8. Dezember 2011)

1907. 2011/252

Weisung vom 06.07.2011:

Verein Offene Jugendarbeit Zürich (OJA), Beiträge 2012 bis 2015 für das Angebot «Job Shop/Info Shop»

Ausstand: Isabel Garcia (GLP)

Antrag des Stadtrats

1. Dem Verein Offene Jugendarbeit Zürich (OJA) wird für das Angebot «Job Shop/Info Shop» ein jährlicher Maximalbeitrag von Fr. 375 000.– für die Jahre 2012 bis 2015 gewährt.
2. Die Kompetenz zur Festlegung der Beitragssätze wird dem Vorsteher des Sozialdepartements übertragen.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Ursula Uttinger (FDP): *Bei Job Shop handelt es sich um ein niederschwelliges Angebot. Die Auftraggeber sind zu einem Drittel Privathaushalte und zu zwei Dritteln Gewerbetreibende und Institutionen. Es ist zu beobachten, dass die Teilnehmerzahl aus der Stadt Zürich sowie die vermittelten Arbeitsstunden seit 2007 angestiegen sind. Von den 231 Teilnehmern im Jahr 2010 haben im Verlauf des Jahres 164 das Angebot verlassen. Davon konnten 30 Prozent eine Lehre antreten, 21 Prozent schafften, es eine Stelle im ersten Arbeitsmarkt zu finden. Die restlichen 49 Prozent haben sich in Brückenangeboten begeben. Beim Info Shop können kostenlose Informationen zu verschiedenen Themen bezogen werden. Ein sehr grosser Teil der Anfragen bezieht sich auf die Arbeitssuche, die Ausbildung und die Wohnungssuche. Das Angebot ist keine Beratung, sondern ein Wegweiser, mit Hilfe dessen die Jugendlichen die Informationen selbst zusammensuchen können. Die Kommissionsmehrheit sowie die FDP unterstützen die Weisung. Selbstverständlich wird die FDP aber die Kosten des Vereins weiterhin kritisch betrachten.*

Dr. Guido Bergmaier (SVP) weist darauf hin, dass für interessierte Jugendliche bereits nach Schulabschluss genügend Angebote bestünden, um ihnen den Einstieg ins Erwerbsleben zu erleichtern. Er bemängelt, dass über den lang andauernden Erfolg des Angebots keine Zahlen erhältlich seien. Erfolgskontrollen seien aber auch im Sozial- und Bildungswesen von grosser Wichtigkeit, damit die knappen Ressourcen optimal eingesetzt werden könnten. Zudem kritisiert er, dass die Gewerbetreibenden mit den Jugendlichen lediglich Personalengpässe beheben wollten. In dem Falle sollten sie aber auch entsprechend dafür aufkommen. Die Höhe dieses Beitrags sei für ihn nicht nach-

vollziehbar, da die Homepage von Job Shop inzwischen fertiggestellt worden sei und nur noch nachgeführt werden müsse. Die Aufgaben und die Beratung könnten in eine bereits bestehende Anlaufstelle integriert werden. Dafür brauche es keinen Beitrag der Stadt. Daher lehne die SVP die Weisung ab.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Ursula Uttinger (FDP), Referentin; Präsident Marcel Savarioud (SP), Salvatore Di Concilio (SP) i.V. von Dominique Feuillet (SP), Catherine Rutherford (AL), Maria Trottmann (GLP), Hans Urs von Matt (SP), Karin Weyermann (CVP), Thomas Wyss (Grüne)
Minderheit:	Vizepräsident Dr. Guido Bergmaier (SVP), Referent; Sven Oliver Dogwiler (SVP), Hedy Schlatter (SVP)
Abwesend:	Linda Bär (SP), Alain Kessler (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 87 gegen 22 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Dem Verein Offene Jugendarbeit Zürich (OJA) wird für das Angebot «Job Shop/Info Shop» ein jährlicher Maximalbeitrag von Fr. 375 000.– für die Jahre 2012 bis 2015 gewährt.
2. Die Kompetenz zur Festlegung der Beitragssätze wird dem Vorsteher des Sozialdepartements übertragen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 9. November 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 8. Dezember 2011)

1908. 2011/288

Weisung vom 13.07.2011:

Stiftung «Pro Offene Türen der Schweiz», Beiträge 2012 bis 2015 für das Selbsthilfezentrum Zürich

Antrag des Stadtrats

1. Der Stiftung «Pro Offene Türen der Schweiz» wird ein jährlicher, maximaler Gesamtbeitrag von Fr. 285 110.– für die Jahre 2012 bis 2015 gewährt, der sich zusammensetzt aus einem leistungsabhängigen Betriebsbeitrag von Fr. 205 300.– (entsprechend dem Index von 99,8 Punkten des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise, Basis Dezember 2010) und einer Kostenmiete von Fr. 79 810.–, die dem Sozialdepartement vom Hochbaudepartement verrechnet wird.
2. Die Kompetenz zur Festlegung der Beitragssätze wird dem Vorsteher des Sozialdepartements übertragen.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Thomas Wyss (Grüne): *Bei diesem Geschäft handelt es sich um die Unterstützung von Selbsthilfegruppen. Die dazugehörige Stiftung ist in Zürich beheimatet. Der bei der Stadt beantragte Betrag reicht aus, um 1 000 Stunden Beratung im Jahr anbieten zu können.*

Gleichzeitig unterstützt die Stadt die Stiftung bei der Gründung von neuen Gruppen. Zudem erhält die Stiftung von der Stadt auch einen Kostenbeitrag an die Räumlichkeiten. Ich bitte Sie, die Weisung zu unterstützen.

Ursula Uttinger (FDP): *Auch wir sind der Meinung, dass Selbsthilfegruppen grundsätzlich sinnvoll sind. Es stellt sich aber die Frage, ob es sich dabei um eine städtische Aufgabe handelt. Unseres Erachtens existieren genügend günstige Räumlichkeiten, sodass sich die Stadt nicht auch noch an der Miete beteiligen muss. Zudem bezweifle ich, dass es sich bei den Teilnehmern nur um Einwohner unserer Stadt handelt.*

Das Hauptargument für die Ablehnung der Weisung ist aber, dass der Betrag für die Dauer von vier Jahren gesprochen werden soll. Schliesslich ist es fraglich, was mit dieser Kostenstelle bei der nächsten Budgetdebatte passiert. Es ist zwar kein grosser Betrag, aber er muss dann vielleicht irgendwo anders eingespart werden, beispielsweise beim Personal, was wir nicht wollen. Daher lehnen wir die Weisung ab.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Oliver Dogwiler (SVP) *verweist auf die Auflistung aller Selbsthilfegruppen im Jahresbericht der Stiftung. Er frage sich, ob es denn wirklich für alles eine Selbsthilfegruppe brauche. Viel wichtiger erscheine ihm aber die Frage, ob die Stadt respektive der Steuerzahler sich an solchen Projekten finanziell beteiligen müsse.*

Die Teilnehmer steuerten nur 5 Franken pro Treffen an die Kosten bei. Er bemängelt ferner die ungenügende Auslastung der Räumlichkeiten, da aufgrund seiner Berechnungen lediglich eine Gruppe pro Tag die Räume nutze und auch Nicht-Stadtzürcher an den Treffen teilnehmen könnten. Gleichzeitig kritisiert er die Tarife für die Räumlichkeiten, die von der Stiftung bei der Vermietung an Externe erhoben werden als zu tief. Des Weiteren führt er aus, dass die Stiftung die Miete für die Räumlichkeiten ohne Hilfe der Stadt gar nicht bezahlen könnte, was für ihn die Frage aufwerfe, weshalb sie sich nicht günstigere Räumlichkeiten ausgesucht habe. Die Stiftung könnte aus einer Sicht kostendeckend arbeiten, wenn die Teilnehmerbeiträge und die Miettarife für Externe angehoben würden.

Maria Trottmann (GLP): *Es ist legitim, zu fragen, ob Selbsthilfe eine städtische Aufgabe ist. Die GLP ist der Meinung, dass die Stadt dies unterstützen sollte. Schliesslich handelt es sich bei den Betroffenen um traumatisierte Menschen, denen so geholfen werden kann. Dafür braucht es eine Anlaufstelle wie das Selbsthilfezentrum. Zudem bietet diese Institution nicht nur den Selbsthilfegruppen Platz für ihre Treffen, sondern auch günstige Mieträume für die Vereine im Quartier. Daher wird die GLP die Weisung unterstützen.*

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Thomas Wyss (Grüne), Referent; Präsident Marcel Savarioud (SP), Linda Bär (SP), Salvatore Di Concilio (SP) i.V. von Dominique Feuillet (SP), Catherine Rutherford (AL), Maria Trottmann (GLP), Hans Urs von Matt (SP), Karin Weyermann (CVP)
Minderheit:	Ursula Uttinger (FDP), Referentin; Vizepräsident Dr. Guido Bergmaier (SVP), Sven Oliver Dogwiler (SVP), Hedy Schlatter (SVP)
Abwesend:	Alain Kessler (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 40 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Stiftung «Pro Offene Türen der Schweiz» wird ein jährlicher, maximaler Gesamtbeitrag von Fr. 285 110.– für die Jahre 2012 bis 2015 gewährt, der sich zusammensetzt aus einem leistungsabhängigen Betriebsbeitrag von Fr. 205 300.– (entsprechend dem Index von 99,8 Punkten des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise, Basis Dezember 2010) und einer Kostenmiete von Fr. 79 810.–, die dem Sozialdepartement vom Hochbaudepartement verrechnet wird.
2. Die Kompetenz zur Festlegung der Beitragssätze wird dem Vorsteher des Sozialdepartements übertragen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 9. November 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 8. Dezember 2011)

1909. 2011/309

Weisung vom 24.08.2011:

Grün Stadt Zürich, Kauf des ETH-Lehrwaldes, Tausch von Waldparzellen zwischen Stadt und Kanton Zürich, Objektkredit

Antrag des Stadtrats:

1. Für den Kauf des auf Stadtgebiet gelegenen rund 192 ha umfassenden ETH-Lehrwaldes, samt einem Forstwerkhof und Forsthaus mit Anbau sowie dazugehörenden Maschinen, Mobiliar und einem Archiv sowie für den Tausch von verschiedenen Waldflächen zwischen Kanton und Stadt (Kauf einer Waldfläche vom Kanton von total 1 437 772 m² in Wiedikon (Gänziloo), Hottingen (Adlisberg) und Schwamdingen/Oberstrass (Zürichberg) sowie Verkauf einer Waldfläche an den Kanton von insgesamt 660 950 m² in Höngg (Hönggerberg) und Affoltern (Katzensee), wird ein Objektkredit von Fr. 5 374 985.–bewilligt.
2. Der Kauf- und Tauschvertrag zur Neuordnung der Waldeigentums- und Bewirtschaftungsverhältnisse im Kanton Zürich zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Eidgenössisch Technischen Hochschule Zürich, dem Kanton Zürich und der Stadt Zürich vom 12. August 2011 wird genehmigt.
3. Die bei Vollzug des Kauf- und Tauschvertrages gemäss vorstehender Ziffer anzutretenden Waldflächen werden in das Verwaltungsvermögen aufgenommen.

Kommissionsreferent:

Bernhard Piller (Grüne) hebt die Bedeutung des Ökosystems «Wald» für den Menschen hervor. Bei den Parzellen handle es sich um stadtnahen Wald, der zum Naherholungsgebiet gehöre. Er erinnert zudem daran, dass ein Viertel der Stadtfläche Wald sei. In diesem Zusammenhang dankt er der Stadt Zürich und Grün Stadt Zürich für die gute Pflege desselbigen.

Der Teil des ETH-Lehrwaldes, der auf dem Grund der Stadt Zürich liege, werde symbolisch für einen Franken pro Quadratmeter an die Stadt verkauft, während der Rest dem Kanton überlassen werde. Gleichzeitig werde die Gelegenheit genutzt, um zwischen Kanton und Stadt diverse Waldparzellen abzutauschen. Die Kommission beantrage dem Gemeinderat einstimmig Zustimmung.

Weitere Wortmeldungen:

Martin Bürlimann (SVP): Auslöser für den Verkauf des ETH-Lehrwaldes ist die Bolog-

na-Reform, im Zuge derer die ETH den Wald am Uetliberg nicht mehr benötigt, da die Abteilung Forstwissenschaften aufgelöst wurde.

Grundsätzlich halte ich es für richtig, dass sich Wald auf Stadtgebiet auch in der Obhut der Stadt befindet. Die SVP befürchtet aber, dass mit dem neuen Waldentwicklungsplan die Nutzung des Waldes erschwert wird. Daher verlangt sie, dass die Nutzung desselbigen in einem vertretbaren Mass berücksichtigt wird, beispielsweise für Pellets. In der Kommission wurde uns aber versichert, dass der Wald am Uetliberg weder ein Naturschutzgebiet noch ein Spielplatz für die Spassgesellschaft werden soll. Die SVP erwartet daher, dass eine wirtschaftliche Nutzung in einem vernünftigen Mass möglich sein soll. Vor allem darf die Zustimmung zur Weisung nicht dazu missbraucht werden, die Entwicklung des Uetlibergs als Ausflugsziel zu behindern. In diesem Sinne unterstützen wir die Weisung.

Schlussabstimmung

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Präsident Bernhard Piller (Grüne), Referent; Vizepräsident Kyriakos Papageorgiou (SP), Martin Bürlimann (SVP), Helen Glaser (SP), Joachim Hagger (FDP), Alexander Jäger (FDP), Simon Kälin (Grüne), Philipp Käser (GLP), Martin Luchsinger (GLP), Ruggero Tomazzoli (SVP), Michel Urben (SP), Mirella Wepf (SP), Bruno Wohler (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 114 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Für den Kauf des auf Stadtgebiet gelegenen rund 192 ha umfassenden ETH-Lehrwaldes, samt einem Forstwerkhof und Forsthaus mit Anbau sowie dazugehörenden Maschinen, Mobiliar und einem Archiv sowie für den Tausch von verschiedenen Waldflächen zwischen Kanton und Stadt (Kauf einer Waldfläche vom Kanton von total 1 437 772 m² in Wiedikon (Gänziloo), Hottingen (Adlisberg) und Schwamendingen/Oberstrass (Zürichberg) sowie Verkauf einer Waldfläche an den Kanton von insgesamt 660 950 m² in Höngg (Hönggerberg) und Affoltern (Katzensee), wird ein Objektkredit von Fr. 5 374 985.–bewilligt.
2. Der Kauf- und Tauschvertrag zur Neuordnung der Waldeigentums- und Bewirtschaftungsverhältnisse im Kanton Zürich zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Eidgenössisch Technischen Hochschule Zürich, dem Kanton Zürich und der Stadt Zürich vom 12. August 2011 wird genehmigt.
3. Die bei Vollzug des Kauf- und Tauschvertrages gemäss vorstehender Ziffer anzutretenden Waldflächen werden in das Verwaltungsvermögen aufgenommen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 9. November 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 8. Dezember 2011)

1910. 2011/222

**Dringliche Motion der Fraktionen SP, Grüne und GLP vom 22.06.2011:
Schaffung von zusätzlichem Platz für Fussgängerinnen und Fussgänger, Velofahrende und für Begegnungszonen rund um die städtischen Bahnhöfe auf die Eröffnung der Durchmesserlinie**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Dringlichen Motion ab, ist

jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

*Namens der SP-Fraktion begründet **Simone Brander (SP)** die Dringliche Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 1472/2011): Bereits heute stossen viele S-Bahn-Linien und Bahnhöfe an ihre Kapazitätsgrenzen. Mit der Eröffnung der Durchmesserlinie werden alleine am Hauptbahnhof pro Tag 100 000 Passagiere mehr ein-, aus- und umsteigen. Aber schon heute herrscht im Hauptbahnhof zu den Stosszeiten ein Gedränge, sodass ein weiterer Passagierzuwachs nicht ohne entsprechende Massnahmen bewältigt werden kann. Der Handlungsbedarf im Bereich der Fussgängerinnen und Fussgänger ist damit klar ausgewiesen. Daher braucht es mehr Platz vor den städtischen Bahnhöfen, auf den Wegen zu den anderen öV-Haltestellen, den Veloabstellplätzen und an den Haltestellen selbst für die wartenden Passagiere. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass dem Fussverkehr vor den städtischen Bahnhöfen Vorrang eingeräumt wird. Denn nur dann ist das neue Angebot genügend attraktiv, dass es auch effektiv genutzt wird und zusätzliche Personen auf den öffentlichen Verkehr umsteigen. Es ist möglich, dass dafür Parkplätze aufgehoben werden müssen.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Ruth Genner gibt der Motionärin insofern recht, dass es an den Bahnhöfen mehr Passagiere habe, als man ursprünglich eingeplant und gedacht habe. Gerade am Hauptbahnhof bestünden aufgrund der Baustelle sehr beengte Platzverhältnisse. Der Stadtrat stelle aber fest, dass die räumlichen Verhältnisse an den meisten Stadtbahnhöfen bereits attraktiv seien und daher dort kein Handlungsbedarf bestehe. Mit der Forderung nach der Aufhebung von Parkplätzen, um mehr Platz für den Fussverkehr zu schaffen, werde aber in den City-Bereich und damit in den Historischen Parkplatzkompromiss eingegriffen, was nur begrenzte Handlungsmöglichkeiten zur Folge habe. Zudem sei bereits eine neue Unterführung zwischen Platzspitz und Habis Royal geplant und befinde sich zurzeit im Bau. Auf einen Parkplatzabbau im Bahnhofbereich könne allenfalls mit einem Ausbau des Parkhauses Urania reagiert werden, was aber eine längere Planung benötige. Der Stadtrat anerkenne, dass es an gewissen Stadtbahnhöfen Handlungsbedarf gebe. Aufgrund der unterschiedlichen Situationen sei aber ein Gesamtpaket, wie es die Motion fordere, nicht angezeigt. Verbesserungen sollten differenziert, und unter Berücksichtigung der bereits realisierten und geplanten Massnahmen, angeschaut und beurteilt werden. Aus diesem Grund wäre der Stadtrat bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Weitere Wortmeldungen:

Roland Scheck (SVP) ist der Meinung, dass mit der Motion die Endphase im verbitterten ideologischen Kampf gegen den Autoverkehr eingeläutet werde. Zusammenfassend könnten folgende Ziele des rot-grünen Masterplans genannt werden: Umerziehung der Autofahrer, sodass sie die guten Verkehrsmittel bzw. den öffentlichen Verkehr benützen. Um dieses Ziel zu erreichen, überschwemme man die Stadt mit unkoordinierten Strassenbauprojekten. Zudem würden die renitenten Autofahrer, die sich noch nicht zu guten Menschen haben erziehen lassen, systematisch von der Innenstadt in die Aussenbezirke verdrängt, was mit dem Verkehrskonzept Innenstadt passiere. Ferner werde versucht, die Innenstadt gegenüber der Peripherie abzuriegeln, was mit Hilfe der Städteinitiative realisiert werden solle. Des Weiteren werde eine Separation zwischen guten und schlechten Menschen angestrebt. Damit solle der Autoverkehr von den Verkehrsknotenpunkten abgekoppelt werden. Das sei Unsinn. Immerhin habe man in den letzten Jahrzehnten Milliarden dafür ausgegeben, die verschiedenen Verkehrs-

mittel miteinander zu verknüpfen, sodass jedes davon wettbewerbsfähig sei. Nun wolle man sich offenbar von diesem Ansatz wieder lossagen.

Die Motion torpediere die gesamtschweizerische Verkehrsentwicklung der letzten Jahrzehnte. Es sei für ihn umso schlimmer, dass die Motionäre nicht zu dieser Tatsache stünden, sondern Fakten verdrehten und die Durchmesserlinie als Vorwand vorschöben. Er sei der Meinung, dass man dabei zwischen Ziel-/Quell- und Transitverkehr unterscheiden müsse. Das werde aber in der Motion nicht getan.

Interessant finde er, dass die stadträtliche Antwort den Aspekt der Nutzung völlig ausblende. Ohne Nutzungsveränderung in einer Zone sei aber eine Veränderung der Frequenzen an den Haltestellen gar nicht möglich. Im Gegenteil werde mit der rot-grünen Verkehrspolitik das Gewerbe immer mehr aus der Stadt verdrängt und Arbeitsplätze gingen dadurch verloren. Die städtischen Bahnhöfe fungierten für die Durchmesserlinie lediglich als Transit, wofür es keine teuren Parks oder Begegnungszonen brauche. Man wolle mit dem Vorstoss nicht nur teure Infrastruktur bauen, die nicht notwendig sei, sondern man wolle auch noch mehr Parkplätze damit aufheben. Das sei das eigentliche Anliegen der Motion. Die Parkplätze seien für das Überleben des Gewerbes aber nötig. Daher bittet er um die Ablehnung sowohl der Motion als auch des Postulats.

Guido Trevisan (GLP): *Die vorliegende Motion ist ein Kompromiss. 2009 forderte eine andere Motion im Zusammenhang mit der Durchmesserlinie den Abbau von 2 000 Parkplätzen. Die GLP-Fraktion sprach und spricht sich für den Historischen Parkplatzkompromiss aus. Zudem wäre ein Abbau von einem Drittel aller Parkplätze in der Innenstadt unverhältnismässig und mit der Durchmesserlinie nicht begründbar. Zusammen mit der SP und den Grünen wurde ein Kompromiss erarbeitet, der nun in Form dieser Motion vor liegt.*

Die Durchmesserlinie wird in knapp drei Jahren in Betrieb genommen und zehntausende von Menschen werden zusätzlich mit dem öffentlichen Verkehr in die Stadt kommen oder wegreisen. Es versteht sich von selbst, dass diese Menschenströme mehr Platz brauchen. Tatsache ist, dass die Nutzung des öffentlichen Verkehrs weiter zunimmt, während der Automobilverkehr stagniert. Das hat nichts mit Ideologie zu tun. Bereits heute kämpfen die Passagiere mit engen Platzverhältnissen in den Bahnhöfen. Damit sich diese Situation nicht noch weiter verschärft, fordern wir vom Stadtrat ein vorausschauendes Handeln. Dazu gehört aus unserer Sicht, dass für die Fussgänger und die Velofahrer vor allem rund um den Hauptbahnhof mehr Platz geschaffen wird. Dass dafür Parkplätze aufgehoben oder verschoben werden müssen, ist Teil des Konzepts, um mehr Raum für attraktives Pendeln zu schaffen.

Die GLP verfolgt mit der Motion in Zusammenhang mit der Eröffnung der Durchmesserlinie die folgenden drei Ziele: Mehr Raum für effiziente Fortbewegung, die Beibehaltung des Historischen Parkplatzkompromisses und die Erhöhung der Attraktivität rund um die Bahnhöfe.

Markus Knauss (Grüne) *findet, dass die Durchmesserlinie ein Quantensprung nicht nur für Zürich, sondern für die ganze Deutschschweiz sei. Die Realisierung derselbigen sei politisch breit abgestützt.*

Bereits anlässlich der Volksabstimmung sei davon ausgegangen worden, dass die Inbetriebnahme der Durchmesserlinie einen Anstieg des Passagieraufkommens mit sich bringe. Daher wäre es aus seiner Sicht ein Schildbürgerstreich, wenn verhindert würde, dass dieses zusätzliche Kundenpotenzial nicht in die Stadt geleitet werde. Der Stadtrat sehe das ganz ähnlich, weshalb beispielsweise auch die Passage Gessnerallee gebaut werde.

Schliesslich gehe es nicht um Umerziehung. Seines Erachtens zeige sich der Stadtrat in seiner Antwort auf den Vorstoss nicht gerade mutig, indem er auf den Historischen Parkplatzkompromiss verweise, was ihm zwar einleuchte, aber aus seiner Sicht auch überholt sei. Er erinnert daran, dass das Parkhaus Urania seinerzeit mit der Begründung

gebaut worden sei, dass die Parkplätze am Zähringer Platz damit aufgehoben würden. Das sei aber bis heute nicht geschehen.

Die Motion sei bewusst so formuliert, dass es schliesslich nicht um den besagten Kompromiss gehe. Immerhin hätten die Diskussionen in den letzten zwei Jahren gezeigt, dass die Stadt noch einen gewissen Spielraum bezüglich Parkplätze habe, und zwar unter Einhaltung des Kompromisses. Mit der Überweisung der Motion erwarte er eine Auslegeordnung des Stadtrates, die es zulasse, dass man in zwei Jahren vorurteilsfrei darüber diskutieren könne, ob es den Historischen Parkplatzkompromiss noch brauche. Sicher würden dann auch Zahlen zur Bedeutung der öV-Passagiere für das Gewerbe vorliegen.

Severin Pflüger (FDP): Ich frage mich, ob die Motionäre in der gleichen Stadt wohnen wie ich, da ich die Bahnhöfe dieser Stadt ganz anders betrachte und erfahre. Am Hauptbahnhof befindet sich meines Wissens mit der Bahnhofshalle die grösste Begegnungszone der Schweiz. Die Shop Ville ist auch sehr attraktiv und bietet die nötigen Einkaufsmöglichkeiten. Wenn die Passagiere in der Stadt flanieren wollen, zum Beispiel an der Bahnhof- oder Löwenstrasse und neu auch an der Gessnerallee, steht ihnen dafür kein einziger Parkplatz im Weg.

Wenn Sie mit dem Vorstoss beabsichtigen, die verbliebenen wenigen Parkplätze auf der Seite des Landesmuseums aufzuheben, dann frage ich mich, welchen Velofahrern diese Parkplätze heute im Weg sind.

Die Motion hat für mich keinen Sinn und Zweck. Die FDP könnte dem Vorstoss theoretisch zustimmen, da damit faktisch kein Parkplatz aufgehoben würde, weil aus unserer Sicht rund um die Bahnhöfe keine Parkplätze den Weg versperren. Vielleicht wäre daher auch der Rückzug der Motion angebracht.

Mario Mariani (CVP) stört sich daran, dass im Vorstoss das Wort «Parkplatz» erwähnt wird. Seines Erachtens wäre mit einer Streichung dieses Satzes die Zustimmung einer Mehrheit des Gemeinderats zu erreichen. Denn es herrsche Einigkeit darüber, dass dieser Raum aufgewertet werden solle. Der Stadtrat habe zudem signalisiert, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Er sei der Meinung, dass dies sinnvoll sei, da zwischen den einzelnen Bahnhöfen grosse Unterschiede bestünden.

Die CVP unterstütze den Vorstoss als Postulat, allerdings nur, wenn der Satz mit den Parkplätzen gestrichen werde.

Andrew Katumba (SP): Die SP kann der geforderten Textänderung nicht zustimmen. Die vorliegende Motion beabsichtigt, den Pendlerinnen und Pendlern, deren Zahl mit der Eröffnung der Durchmesserlinie weiter ansteigen wird, Raum zu geben. Ich verweise beispielsweise auf die beengten Verhältnisse im Bahnhof Enge, die unter anderem durch die vorhandene Zahl an Parkplätzen hervorgerufen werden. Schliesslich ist es eine Frage der Sicherheit. Denn der motorisierte Individualverkehr hat in den letzten Jahrzehnten immer mehr Platz beansprucht.

Der Vorstoss ist ein Steilpass für die Verwaltung und die zuständige Stadträtin Ruth Genner, in Zukunft darauf zu achten, dass bei Planungen die Fussgänger und Velofahrer bevorzugt behandelt werden. Zudem bitte ich Sie zu beachten, dass es sich beim Satz mit den Parkplätzen um eine Kann-Formulierung handelt.

Dr. Martin Mächler (EVP) bedauert, dass sein Vorredner den sinnvoll erscheinenden Textänderungsantrag abgelehnt hat. Die EVP sei auch der Meinung, dass die Zugänge für die Velofahrer, insbesondere zu den Bahnhöfen, verbessert werden sollten.

Dennoch lehne sie die Motion aus den folgenden Gründen ab: Die Art der Umsetzung des Anliegens sei ihr nicht sympathisch, vor allem im Hinblick auf die provokative Formulierung bezüglich der Parkplätze. Zudem zeichneten sich die Zürcher Bahnhöfe nicht gerade durch eine Unmenge von Parkplätzen aus, sondern diese seien ein knappes

Gut. Daher empfinde er diese Forderung als unnötige Provokation. Aber auch die EVP sei der Ansicht, dass an gewissen Bahnhöfen Handlungsbedarf bestehe. Er bedauert, dass es anscheinend nicht möglich sei, eine konsensfähige Verkehrspolitik zu betreiben, sondern die verschiedenen Verkehrsarten gegeneinander ausgespielt würden. Als Postulat würde die EVP den Vorstoss aber unterstützen.

Gian von Planta (GLP): *Es freut mich, dass der Handlungsbedarf von weiten Teilen der Politik anerkannt wird. Wer beispielsweise versucht, vom Hauptbahnhof zu Fuss in die Bahnhofstrasse zu gelangen oder einen Abstellplatz für sein Velo zu finden, wird merken, dass es Änderungen braucht. Mit der Eröffnung der Durchmesserlinie vergrössert sich das Passagieraufkommen noch weiter. Daher ist es, so glaube ich, unumstritten, dass etwas getan werden muss. Aus diesem Grund ist es unabdingbar, dass der Vorstoss dringlich ist und eine Motion bleibt, damit die entsprechende Verbindlichkeit gewährleistet ist.*

Schliesslich handelt sich um einen Kampf um Raum. In diesem Zusammenhang weist das Auto leider eine sehr schlechte Bilanz auf. Die Zürcher Stimmbevölkerung hat bereits einmal ihren Willen zum Ausdruck gebracht, dass der öffentliche Verkehr und der Langsamverkehr weiter gefördert werden sollen. Eine Reduktion der Parkplätze muss nicht mit deren Aufhebung einhergehen, sondern kann auch deren Verschiebung an einen sinnvolleren Ort bedeuten.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) *meint, die Diskussion zeige, dass der Vorstoss ideologisch befangen sei. Er halte die Durchmesserlinie für eine sinnvolle Investition in den öffentlichen Verkehr. Aber er störe sich daran, dass dieses Projekt nun als Vorwand benutzt werde, um den Autoverkehr zu beschränken und zu schikanieren.*

Bei der SP und den Grünen könne er die ideologische Befangenheit noch verstehen, Aber bei den Grünliberalen erstaune ihn dies. Denn die besagte Partei unterstütze beim Flughafen extreme Vorstösse, obwohl es sich hierbei im weitesten Sinne auch um öffentlichen Verkehr handle. Das sei zwar grün, aber nicht liberal.

Er fordert, dass sich die GLP auf die Sachpolitik konzentrieren und nicht politische Heuchelei betreiben solle.

Mauro Tuena (SVP): *Ich begrüsse es, dass die Grünliberalen heute Abend einmal ein wenig ihr wahres Gesicht zeigen. Mit liberal hat das aber nicht mehr viel zu tun.*

Ich zitiere den letzten Satz der Motion: «Auch wenn dort dafür auch Strassenparkplätze aufgehoben werden müssen.» Die Bedeutung dieses Satzes darf nicht unterschätzt werden, denn er kommt einem Torpedo auf den Historischen Parkplatzkompromiss gleich. Wenn es Ihnen mit dem Kompromiss ernst wäre, wären Sie zumindest bereit, den Textänderungsantrag anzunehmen. Zudem stelle ich fest, dass die beteiligten Fraktionen bewusst darauf verzichtet haben, alternative Standorte für die aufzuhebenden Parkplätze zu nennen.

Ich nehme schmerzend zur Kenntnis, dass Sie das Gewerbe und den motorisierten Verkehr aus dem Stadtkreis 1 verdrängen wollen.

Alecs Recher (AL) *hält die Umstände, die zur Motion geführt haben, für tragisch. Vielmehr hätte man sich schon viel früher Gedanken über das zusätzliche Passagieraufkommen machen müssen. Dies sei aber leider nicht geschehen, obwohl dies die Aufgabe der Verwaltung gewesen wäre. Daher könne er nicht verstehen, weshalb der Stadtrat den Vorstoss nicht entgegennehmen wolle. Die AL werde ihn auf jeden Fall unterstützen.*

Es befremde ihn, dass der Stadtrat von einem Gesamtpaket ausgehe, obwohl die Motion kein solches fordere. Hingegen erwarte er von der Verwaltung eine sinnvolle Auswahl von Orten, an denen es eine bessere Anbindung brauche. Der stadträtliche Fokus auf den Hauptbahnhof sei für ihn hingegen nachvollziehbar, da dort dringender Hand-

lungsbedarf bestehe. Er zählt zudem diverse Projekte auf, die zusätzlichen Wohnraum und Arbeitsplätze schaffen und so auch zu mehr Passagieraufkommen führen. Zudem seien Park & Ride-Anlagen für mobilitätsbehinderte Personen für ihn eine Selbstverständlichkeit und er erwarte vom Stadtrat deren Berücksichtigung und Einplanung bei der Umsetzung des Vorstosses.

Christoph Spiess (SD): Die Schweizer Demokraten haben der Dringlicherklärung zugestimmt, da wir das Thema als wichtig erachten. Allerdings weist der Vorstoss aus unserer Sicht einige Haken auf. Zum einen kann nicht einfach Platz geschaffen werden und zum anderen sind die Parkplätze nicht das eigentliche Problem. Daher ist es schade, dass die Motionäre diesen Satz in ihrem Vorstoss aufführen, der wie eine Art Selbsterstörungsmechanismus wirkt.

Natürlich ist es aber legitim, über den Stellenwert der Parkplätze zu diskutieren. Zudem wird dabei vergessen, dass Bahnhöfe nicht komplett autofrei gemacht werden können, da es unter anderem Taxis braucht.

Des Weiteren erinnere ich daran, dass der Veloverkehr immer mehr zum Problem für die Fussgänger wird, da sich die beiden Verkehrsarten oft ins Gehege kommen. Daher rate ich von gemeinsamen Begegnungszonen ab. Schliesslich würden die Schweizer Demokraten einem Postulat auch ohne Textänderung gerne zustimmen, aber bei der Motion würden sie sich der Stimme enthalten.

Roger Tognella (FDP) schliesst sich seinem Vorredner an, dass der Vorstoss als Postulat und mit der von der CVP vorgeschlagenen Textänderung durchaus auf Zustimmung stossen würde. Er weist die GLP zudem darauf hin, dass sie in ihrem Vorstoss alle Bahnhöfe meint und dass dies in keiner Weise liberal sei.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung siehe Sitzung Nr. 87, Protokoll-Nr. 1910/2011).

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1911. 2011/405

Postulat von Maria Trottmann (GLP) und 4 Mitunterzeichnenden vom 02.11.2011: Einbezug der Quartierbevölkerung bei der Beplanung des Areals Kehrichtheizkraftwerk Josefstrasse

Von Maria Trottmann (GLP) und 4 Mitunterzeichnenden ist am 2. November 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie durch ein Mitwirkungsverfahren sicher gestellt werden kann, dass die Wünsche und Bedürfnisse der Quartierbevölkerung bei der Beplanung des Areals Kehrichtheizkraftwerk Josefstrasse in jedem wichtigen Planungsschritt einbezogen und berücksichtigt werden.

Begründung:

Am 13. September 2011 fand der Anlass „Der Phönix aus der Abfall-Asche? Ideen zur Umnutzung des Kehrichtheizkraftwerks Josefstrasse“ statt. VertreterInnen von AL, CVP, glp, Grüne, und SP haben diesen Anlass organisiert, im Wissen, dass im Jahr 2020 das Areal frei wird. Bis dahin soll in der im Jahr 1904 errichteten Kehrichtverbrennungsanlage Abfall aus dem grenznahen Ausland verbrannt werden, um die Fernwärmeversorgung von Zürich-West sicherzustellen.

Das 14'000 Quadratmeter grosse Areal liegt heute mitten im Industriequartier. Was darauf passieren soll, ist daher für die BewohnerInnen des Quartiers von grossem Interesse. An der Veranstaltung ging klar hervor,

dass die QuartierbewohnerInnen sich mehr Grünfläche, mehr Freiraum aber auch mehr bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume wünschen. Hingegen unerwünscht sind Bürotürme, Einkaufszentrum und – sehr interessant – ein Verwaltungszentrum.

Die unmittelbare Umgebung des Areals ist im starken Wandel. Soeben wurde der Prime Tower eröffnet, die Sanierung der Hardbrücke und die neue Tramlinie Zürich-West stehen kurz vor dem Abschluss, der Bahnhof Hardbrücke platzt aus allen Nähten und soll im Rahmen des Möglichen noch vergrössert werden und allenfalls wird auf dem Geroldareal in Zukunft das Kongresshaus von Zürich stehen. Für dieses zentral gelegene Areal gibt es noch keine Pläne und daher bietet sich die einmalige Chance, die Wünsche und Ideen der Quartierbevölkerung aufzunehmen und in der Beplanung mitzubedenken.

Mitteilung an den Stadtrat

1912. 2011/406

Postulat von Christoph Spiess (SD) und Patrick Blöchlinger (SD) vom 02.11.2011: Zoo Zürich, Verbesserung der Erreichbarkeit unter Verzicht der geplanten Seilbahn

Von Christoph Spiess (SD) und Patrick Blöchlinger (SD) ist am 2. November 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Erreichbarkeit des Zoos vom Glattal her unter Verzicht auf die derzeit geplante Seilbahn verbessert werden kann.

Begründung:

Zürchs Naherholungsgebiete werden schon heute sehr stark beansprucht. Der Druck auf die Erholungsgebiete wird in Anbetracht der unkontrollierten Zunahme der Bevölkerungsdichte auch in Zukunft kaum geringer. Der Bau einer Seilbahn vom Bahnhof Stettbach zum Zoo wäre eine zusätzliche Belastung, Eingriffe in den Wald zum Bau von Masten unvermeidlich. Der Wald ist auch Lebensraum vieler Wildtiere, die heute schon vielerorts unter übermässigen Störungen durch menschliche Aktivitäten leiden. Dass in Stettbach keine Parkplätze gebaut werden sollen, wird nichts daran ändern, dass viele Seilbahnbenützer mit dem Auto anreisen. Damit wird die Verkehrsbelastung im angrenzenden Quartier Schwamendingen zunehmen. Der Betrieb und Unterhalt einer Seilbahn dürfte auch in finanzieller Hinsicht kaum günstiger sein als ein angemessener Ausbau der Erschliessung des Zoos mit den konventionellen öffentlichen Verkehrsmitteln (Tram, Bus). Die Stadt Zürich verhält sich in dieser Sache bisher erstaunlich passiv, obwohl die geplante Seilbahn fast gänzlich auf ihrem Gemeindegebiet verlaufen würde, Betreiberin aber nicht – wie demgemäss zu erwarten wäre – die VBZ sein sollen. So wie es derzeit aussieht, hätten wohl auch die Stimmberechtigten zur Frage einer Seilbahn nichts zu sagen. So geht es nicht. Es ist nun Zeit zum Handeln, bevor vollendete Tatsachen geschaffen werden. Der Stadtrat soll deshalb rasch alternative Lösungen für eine bessere öV-Erschliessung des Zoos vom Glattal ausarbeiten.

Mitteilung an den Stadtrat

1913. 2011/407

Postulat der SP-, Grüne-, CVP- und der AL-Fraktion sowie 4 Mitunterzeichnenden vom 02.11.2011: Realisierung eines Ersatzneubaus für den Spiel- und Aufenthaltscontainer auf dem Areal des Kinderhauses Entlisberg

Von der SP-, Grüne-, CVP- und der AL-Fraktion sowie 4 Mitunterzeichnenden ist am 2. November 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie ein Ersatzneubau für den Spiel- und Aufenthaltscontainer auf dem Areal des Kinderhauses Entlisberg umgehend realisiert werden kann, damit auf diese Weise eine kleinkind- und behindertengerechte Infrastruktur eingerichtet werden kann und die Hortplätze am Standort Entlisberg erhalten bleiben.

Begründung:

Seit einiger Zeit ist klar, dass das städtische Kinderhaus Entlisberg zuwenig Krippenplätze bietet, und dass

der alte Spiel- und Aufenthaltscontainer im Garten baufällig und deshalb als Krippenräumlichkeit für kleine Kinder nicht geeignet ist (Kälte, undichtes Dach, Schimmel, zuwenig Platz). 2003 beschloss die Stadt, den alten Container durch einen Neubau zu ersetzen, und 2007 wurde ein Architekturwettbewerb lanciert. Im Frühling 2011 fiel das Projekt den Sparvorgaben des überarbeiteten Budgets 2011 zum Opfer. Im Quartier formierte sich Widerstand gegen diese Einsparung, und es kam zu Kontakten mit der Stadt. Ende Oktober 2011 wurde eine Petition mit mehr als 750 Unterschriften aus dem Quartier eingereicht, die die umgehende Realisierung des bereits bewilligten Ersatzneubaus fordert. Das vorliegende Postulat nimmt diese Forderung auf und will den Anliegen der Quartierbevölkerung zum Durchbruch verhelfen.

Mitteilung an den Stadtrat

1914. 2011/408

Postulat von Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP) und Christian Traber (CVP) vom 02.11.2011:

Verkauf des Grundstücks unterhalb des Restaurants «Bürgli» an die Stiftung PWG oder an eine andere gemeinnützige Institution

Von Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP) und Christian Traber (CVP) ist am 2. November 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Wir bitten den Stadtrat zu prüfen ob das Grundstück unterhalb des Restaurants «Bürgli» in Zürich Wollishofen statt dem Meistbietenden der Stiftung PWG oder einer anderen gemeinnützigen Institution verkauft werden kann.

Begründung:

Gemäss Recherchen der Zeitung „Zürich 2“ plant die Stadt, das in ihrem Besitz befindliche Areal unterhalb des Restaurants Bürgli in Wollishofen an den Meistbietenden zu verkaufen. Ein solcher Verkauf widerspricht dem in mehreren Abstimmungen geäusserten Willen der Bevölkerung, angesichts der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt, den genossenschaftlichen und gemeinnützigen Wohnungsbau zu stärken. Ebenso widerspricht ein solcher Verkauf den Zielen des Gegenvorschlags zu den Wohninitiativen von EVP, GP und SP, der am 27. November 2011 zur Abstimmung gelangt und der vom Gemeinderat und vom Stadtrat zur Annahme empfohlen wird. Die Umsetzung des Gegenvorschlags ist nur möglich, wenn Land, das sich bereits im Besitz der Stadt befindet, im Regelfall an Genossenschaften abgegeben wird, auch zu einem Preis unterhalb eines allfälligen Höchstgebots. Interessierte Genossenschaften sind gemäss eigenen Recherchen vorhanden.

Mitteilung an den Stadtrat

Die vier Postulate werden auf die Tagliste einer der nächsten Sitzungen gesetzt.

1915. 2011/409

Schriftliche Anfrage von Roland Scheck (SVP) und Dr. Daniel Regli (SVP) vom 02.11.2011:

Parkplatzbilanz im Zusammenhang mit Strassenbauprojekten

Von Roland Scheck (SVP) und Dr. Daniel Regli (SVP) ist am 2. November 2011 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Betrachtet man die Strassenbauprojekte und die entsprechenden Parkplatzbilanzen der vergangenen Jahre, entsteht der Eindruck, dass die Stadt Zürich mit System den schleichenden Abbau von Parkplätzen vorantreibt. Viele Planaufgaben lassen vermuten, dass im Sinne eines Prinzips der kleinen Schritte jeweils mindestens 2 Parkplätze pro Strassenbauprojekt aufgehoben werden.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Parkplätze wurden in den Jahren 2007, 2008, 2009, 2010, 2011 anlässlich von öffentlich aufgelegten Strassenbauprojekten nach Art. 16/17 Strassengesetz neu geschaffen? (Bitte um Angabe

- der Anzahl Parkplätze nach Projekt/Kalenderjahr, unterschieden nach blauen und weissen Zonen).
2. Wie viele Parkplätze wurden in den Jahren 2007, 2008, 2009, 2010, 2011 anlässlich von öffentlich aufgelegten Strassenbauprojekten nach Art. 16/17 Strassengesetz abgebaut? (Bitte um Angabe der Anzahl Parkplätze nach Projekt/Kalenderjahr, unterschieden nach blauen und weissen Zonen).
 3. Welche internen Direktiven bestehen im Tiefbauamt in Bezug auf den Erhalt, den Ausbau oder die Reduktion von Parkplätzen anlässlich der Projektierung von Strassenbauprojekten?
 4. Weshalb wird bei gewissen öffentlichen Planaufgaben keine Parkplatzbilanz ausgewiesen, obwohl in den zugehörigen Plänen Änderungen der bestehenden Parkierung eingezeichnet sind?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

1916. 1998/151

Brückenschlag Uri–Zürich, Erneuerungswahl eines weiteres Mitglieds für das Amtsjahr 2010-2014

Mit Beschluss vom 31. Oktober 2011 wählte das Büro des Gemeinderates:

Kyriakos Papageorgiou (SP)

Mitteilung an den Landrat Uri, an den Stadtrat und an den Gewählten

Nächste Sitzung: 2. November 2011, 20.30 Uhr.